

Weltwirtschaftskrise – deutsches Kapital Gewinner In ganz Germanien hat die Konterrevolution gesiegt. In ganz Germanien? Da ist Aufruhr in den Städten ...

Die weltweite Überproduktionskrise des Kapitalismus, die 2007 mit der Finanzkrise ihren ersten Höhepunkt hatte, dauert an. Nach einem starken Einbruch der weltweiten kapitalistischen Produktion steht jetzt die Krise der Staatsfinanzen auf der Tagesordnung, insbesondere in den Ländern der kapitalistischen Zentren EU-Europa, Japan und allen voran der USA. Der gemeinsame Einsatz der Staatsfinanzen in den kapitalistischen Zentren war wesentlich, um den Zusammenbruch der kapitalistischen Weltwirtschaft durch die Finanzkrise zu verhindern.

Die Lage in den kapitalistischen Zentren ist sehr unterschiedlich. In den USA droht eine erneute Rezession. Die Arbeitslosigkeit mit offiziell etwa 10 Prozent ist weiter hoch trotz einem Konjunkturprogramm in Höhe von 790 Milliarden Dollar. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist stark gestiegen und zunehmende Teile der Mittelschicht stürzen ab. Weil das Konjunkturprogramm keine langfristige Wirkung zeigte und weitgehend verpuffte, legte die Regierung von US-Präsident Barak Obama im September 2010 ein weiteres Konjunkturprogramm in Höhe von 50 Milliarden Dollar nach. Außerdem gibt es Steuererleichterungen für Betriebe von 200 Milliarden Dollar in den nächsten zwei Jahren und eine Förderung der Forschung in Betrieben in Höhe von 100 Milliarden Dollar verteilt auf zehn Jahre.

Die Lage auf dem Häusermarkt in den USA ist ein Indiz dafür, wie relativ instabil die konjunkturelle Situation dort immer noch ist. Noch nie seit 1963, als mit der entsprechenden Statistik begonnen worden war, wurden in den USA so wenig neue Häuser verkauft wie 2010.

In Japan herrscht wie in den 1990er Jahren seit eineinhalb Jahren erneut Deflation. Eine Deflation, eine wirtschaftliche Phase der Geldaufwertung, ist eine Spirale sinkender Preise und sinkender Löhne. Sie wird begleitet von wirtschaftlicher Stagnation oder Rezession. Weitere Merkmale sind eine starke Kaufzurückhaltung der KonsumentInnen und eine damit zusammenhängende sinkende Profiterwartung des Kapitals, die zu einer geringeren Investitionstätigkeit der Betriebe führt. Die japanische Regierung bekämpft die Deflation mit Konjunkturprogrammen und einer expansiven Geldpolitik der japanischen Notenbank, das heißt mit einer Erhöhung der Geldmenge.

Gleichzeitig gibt es weltweit Tendenzen, die Ähnlichkeiten mit dem Jahr 2008 aufweisen, in dem die Wachstumswahlen begannen einzubrechen. Dazu gehören die bis August/September 2010 wieder enorm gestiegenen Preise für Gold und Getreide.

Nach dem Einbruch von 2009 gibt es 2010 in der BRD einen überraschend starken konjunkturellen Aufschwung. Das Wachstum in der BRD basiert im Wesentlichen auf einer Steigerung des Exports. Ein großer Teil des deutschen Kapitals profitiert mit seiner Exportorientierung unter anderem vom erneut starken Wirtschaftswachstum in China. Die chinesische Regierung konnte mit ihrem Konjunkturprogramm von 460 Milliarden Euro die Binnennachfrage stärken und damit Verluste beim eigenen Export ausgleichen.

Das deutsche Kapital kann mit Hilfe seiner staatlichen HelferInnen und der Gewerkschaften eine relativ zur Produktivität stärkere Ausbeutung durchsetzen als die Konkurrenz in anderen Ländern und damit die sogenannten Lohnstückkosten konkurrenzlos niedrig halten. Die niederkonkurrierten EU-Staaten erfüllen für das deutsche Kapital eine wichtige Funktion als AbnehmerInnen seiner Waren. Nach wie vor gehen mit einem Wert von über 800 Milliarden Euro etwa zwei Drittel der Exporte des deutschen Kapitals in die anderen Länder des kapitalistischen Zentrums EU-Europa.

EU-weit ist die Lage dramatisch besonders im Süden und Osten. Überall werden drastische Sozialkürzungen geplant oder sind schon verabschiedet. Auch in der BRD wird es Sozialkürzungen geben, die so gestaffelt werden in den nächsten Jahren, dass Solidarisierungseffekte und breiter Widerstand ausbleiben. Einen heißen Herbst 2010 hat es deshalb im Produktionsbereich nicht gegeben.

Die Profite des Kapitals sprudeln also mindestens zunächst wieder, der gesellschaftliche Reichtum konnte von Staat und Kapital erfolgreich von unten nach oben umverteilt werden.

Die Exporte des deutschen Kapitals gehen zu Lasten der Produktion in anderen Ländern. Insbesondere die Länder Südeuropas sind davon innerhalb des kapitalistischen Zentrums EU-Europa betroffen. Auf internationaler Verhandlungsebene des kapitalistischen Zentrums EU-Europa sind die deutschen Exporterfolge und in ihrem Zuge der große Handelsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft den VerhandlungspartnerInnen ein dauerndes Ärgernis, da die Regierungen anderer Länder, zum Beispiel Frankreichs, darin eine übermäßige Konkurrenz für ihre eigene Wirtschaft sehen. Staat und Kapital sind aber hierzulande nicht bereit, eine höhere Binnennachfrage zuzulassen, um den Handelsbilanzüberschuss zu reduzieren. Im Gegenteil, abgesehen von der Kurzarbeiterregelung, werden die Konjunkturmaßnahmen von der deutschen Regierung gestoppt und die Sparen genannten Verarmungsprogramme für die Lohnabhängigen, die die herrschende Politik vor der Weltwirtschaftskrise waren, wieder in Angriff genommen.

Die Lohnabhängigen werden von der medialen Propaganda, von Staat und Kapital und von den Gewerkschaften weiter zur Lohnzurückhaltung gedrängt. Der Niedriglohnsektor weitet sich aus, die Leiharbeit nimmt wieder mindestens den Umfang an, den sie vor Beginn der Krise hatte.

Dabei ist die Arbeitslosigkeit offiziell in der BRD gesunken im Gegensatz zu allen anderen Ländern EU-Europas und den USA. Mitverantwortlich ist die Kurzarbeiterregelung, die im Juli 2010 vom Bundestag bis März bzw. Juni 2012 um 18 Monate verlängert wurde und das wichtigste Befriedungsinstrument gegenüber den Lohnabhängigen in der Krise darstellt.

Gezählt werden bei den als Beruhigungspille veröffentlichten Zahlen der Arbeitslosenstatistik allerdings nur diejenigen Arbeitslosen, die nicht in Beschäftigungs- und Weiterbildungsprogrammen versteckt werden oder im Übergang zu einer sogenannten Selbstständigkeit

sind. Außerdem werden Arbeitslose über 58 Jahre, denen die Agentur für Arbeit 1 Jahr lang kein Vermittlungsangebot mehr gemacht hat, aus der Statistik herausgenommen. Das gleiche gilt für die Menschen, die zu sogenannten 1-Euro-Jobs gezwungen werden. Nur so konnte die angebliche Zahl der Arbeitslosen auf etwa 3 Millionen 2010 gedrückt werden. Ohne solche Tricks bzw. Verfälschungen wären es weit über 4 Millionen, die in den offiziellen Statistiken zugegeben werden müssten. In Wirklichkeit sind es insgesamt mehr als doppelt so viele Arbeitslose – 8 Millionen –, denn Viele haben resigniert und die Suche nach einer Lohnarbeitsstelle aufgegeben. In vielen Paarbeziehungen ziehen sich insbesondere Frauen (wieder) in die Hausarbeit zurück. Außerdem setzt sich der Rückgang regulärer Beschäftigungsverhältnisse fort, die Teilzeitarbeit nimmt zu und die allgemeine Tendenz zu unsichereren Arbeitsverhältnissen geht weiter. Das bedeutet immer mehr Armut trotz Lohnarbeit.

Auch in der BRD nimmt die Staatsverschuldung weiter zu. Die Gefährdung der Gemeinschaftswährung der Euro-Länder machte im Interesse des Kapitals ein neues Rettungsinstrument der Euro-Länder und des IWF in Form eines EU-weiten Fonds in Höhe von 750 Milliarden notwendig, um den finanziellen Zusammenbruch einiger von den sogenannten Rating-Agenturen schlecht bewerteten Länder zu verhindern. Die deutsche Regierung muss dafür 148 Milliarden Euro zur Verfügung stellen bzw. dafür bürgen. Länder wie Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien waren Anfang 2010 ins Visier der internationalen KreditgeberInnen geraten.

Besonders betroffen ist Griechenland, das unter anderem aufgrund von deutschen Rüstungsexporten, die der griechischen Regierung aufgedrängt worden waren, und der erdrückenden Konkurrenz des deutschen Kapitals relativ hoch verschuldet ist. Die internationalen KreditgeberInnen trieben Griechenland mit überhöhten Zinsforderungen und Risikoausfallprämien und schließlich durch die Verweigerung neuer Kredite, begleitet von spekulativen Wetten mehrerer Großbanken auf seine Pleite, an den Rand des Staatsbankrotts. Da im April und Mai 2010 Staatsanleihen von 20 Milliarden Euro fällig wurden, also vom griechischen Staat zurückgezahlt werden mussten, sicherten sich mehrere Großbanken gegen einen griechischen Staatsbankrott ab, auch wenn sie gar keine eigenen Kredite vergeben hatten. Das war der letzte Auslöser für den drohenden Zusammenbruch der griechischen Staatsfinanzen. Einem Bericht der New York Times zufolge soll unter anderem die Deutsche Bank zu denjenigen gehört haben, die sich am stärksten gegen eine griechische Staatspleite absicherten, nur um später von ihr zu profitieren. In der Krise wurde das Handelsdefizit von den GläubigerInnen bzw. den sogenannten Rating-Agenturen als Indiz dafür gesehen, dass die griechische Regierung nicht in der Lage sein würde, einen für den Schuldendienst ausreichenden Verarmungsprozess gegen die widerstandserfahrenen Lohnabhängigen im Klassenkampf von oben durchzusetzen bzw. durchzuprügeln. Um den Staatsbankrott zu verhindern erhält Griechenland innerhalb von 3 Jahren Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro von Euro-Ländern und vom IWF. Dafür muss die griechische Regierung im gleichen Zeitraum 30 Milliarden Euro bei ihren Staatsausgaben einsparen bzw. zusätzlich einnehmen. Den heftigen Widerstand der griechischen Lohnabhängigen auf der Straße unterdrückt die griechische Regierung mit dem brutalen Einsatz des polizeilichen Gewaltapparats des Staates. Im Parlament wurden die ersten umfangreichen sozialen Streichungen beschlossen. Dazu gehören Lohnkürzungen, Einstellungsstopp und Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, die Erhöhung des Renteneintrittsalters und Kürzungen bei der Rente. Hinzu kommt die Erhöhung von Verbrauchssteuern wie z. B. der Mehrwertsteuer.

Im November 2010 musste die irische Regierung finanzielle Hilfe aus dem nach der Griechenland-Krise neu geschaffenen sogenannten EU-Rettungsschirm beantragen. Die Regierung Irlands hatte den Staatshaushalt zuletzt durch die Rettung von Banken ruiniert und muss nun drastische Auflagen der Euro-Länder und des IWF gegen die Bevölkerung durchsetzen, um die Hilfskredite in einer Höhe von voraussichtlich bis zu 90 Milliarden Euro zu erhalten.

In der BRD beschloss das Kabinett im September 2010 das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung. Hinzu kommt der Sparzwang der Länder und Kommunen. Das brutale Sparen des Staates macht soziale Grausamkeiten unausweichlich. Allerdings werden diese Grausamkeiten dosiert und vor allem gegen die Schwächsten durchgeführt. Hauptbetroffene sind die mit Hartz IV Enteigneten und Gedeemütigten. Mehr als 50 Prozent der für 2011 bis 2014 im sogenannten Haushaltsbegleitgesetz vom Bundestag beschlossenen Einsparungen müssen die Ärmsten tragen. Ihnen wird das Elterngeld gestrichen bzw. auf ihr ALG II angerechnet, sie erhalten weniger Geld beim Übergang von ALG I zu ALG II, ihnen wird der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld genommen und für sie werden keine Beiträge mehr an die Rentenversicherung gezahlt. Gefahr und Elend der Arbeitslosigkeit werden für die Einzelnen noch größer: Die Rente ist damit endgültig weg, das heißt für Viele lebenslänglich Hartz IV.

Dabei gibt es auch im Herrschaftsapparat Streit über die richtige Geldpolitik. Die einen sehen die Gefahr der Inflation durch die Verschuldung und fordern extremes Sparen, die anderen befürchten eine Deflation, wenn zu krass gespart wird bzw. auf die von ihnen geforderten Konjunkturprogramme verzichtet wird. Denn in Maßen steigende Preise sind ein Indiz, dass die Nachfrage nach Waren so groß ist, dass sich für die Betriebe eine Ausweitung der Produktion lohnt. Eine starke Preissteigerung deutet hingegen darauf hin, dass zu viel Geld im Verhältnis zur Warenproduktion in Umlauf gebracht worden ist. Damit wird die Stabilität einer Währung untergraben, sie wird entwertet.

Eine Deflation liegt vor, wenn die Preise dauerhaft sinken. Kaufentscheidungen werden von den KonsumentInnen und Betrieben aufgeschoben, weil die Waren bzw. Investitionsgüter zu einem späteren Zeitpunkt billiger sein werden. Das kann zu einem immer weiter sinkenden Konsumniveau führen, gleichzeitig sinken mindestens real die Löhne. Das Kapital kann bei einem niedrigen Niveau des Klassenkampfes die sinkenden Lebenshaltungskosten gnadenlos ausnützen, zum Beispiel durch Verlängerung der Arbeitszeit bei nominell gleichem Lohn oder bei Neueinstellungen nach vorherigen Entlassungen. 24 Die Wirtschaft gerät in eine Abwärtsspirale von sinkenden Löhnen, sinkendem Konsum und sinkender Produktion.

Der reaktionäre Aufmarsch des BürgerInnentums, als Reaktion auf die Revolte der APO, hat seit den 1980er Jahren immer weiter an Stärke gewonnen. An der Emanzipation des Menschen orientierte Werte und Ziele, die eine zeitlang mindestens in wesentlichen Teilen der Gesellschaft hegemonial waren, fallen allmählich, schrittweise in einem widersprüchlichen Prozess der autoritären Formierung des BürgerInnentums zum Opfer. Es kann sich inzwischen wieder offen als besitzende Klasse präsentieren.

Die politisch kulturelle Revolte der 1960er Jahre scheiterte trotz politischer Teilerfolge als antikapitalistische Revolte. Dennoch war sie kulturell ein Erfolg und ermöglichte die Emanzipation aus den verstaubten, autoritären Verhältnissen der Nachkriegszeit, in der die deutsche Gesellschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit die Aufarbeitung der Verbrechen des NS-Faschismus verweigert hatte.

Im Zuge der Revolte konnten neue soziale Verkehrsformen durchgesetzt werden. Die soziale und kulturelle Wirkung der Revolte der 1968er wird oft unterschätzt oder ausgeblendet bzw. von VertreterInnen und ApologetInnen der Reaktion absichtsvoll geleugnet.

Ökonomisch konnte das Kapital vor allem aus den Errungenschaften im Bildungsbereich Profit schlagen, es hatte aufgrund der Entwicklung der Produktionsmittel bzw. der Produktivkräfte in den 1960er Jahren einen erhöhten Bedarf an akademisch qualifizierten FacharbeiterInnen. Dies ist neben den Kämpfen der sozialen Bewegung einer der Gründe für bestimmte Teilerfolge der Revolte. Zum Beispiel konnte die StudentInnenbewegung durch echte Reformen mindestens zeitweise eine freiere Bildung erreichen.

Den gegen das gesamte kapitalistische System gerichteten Widerstand konnte die Konterrevolution durch Repression und Integration aber brechen.

Die Revolte brach aber nicht nur aufgrund der Konterrevolution zusammen, sondern sie scheiterte auch an inneren Widersprüchen, zum Beispiel durch den Streit um das Verhältnis zur Sowjetunion nach der Zerschlagung des Prager Frühlings und durch den u. a. dadurch bedingten organisatorischen Zerfall eines großen Teils der Bewegung in K-Gruppen und in antiautoritäre Kleinstgruppen.

Zugleich machte die Veränderung im Produktionsprozess weg vom Fließband durch den Einsatz der Mikroelektronik für das Kapital neue Formen der Kontrolle notwendig und möglich.

Die Stärkung des Individuums, Eigenverantwortung, Selbstbewusstsein, Autonomie, aber auch Selbstkontrolle waren und sind Nach-Wirkungen der emanzipatorischen Prozesse während der Revolte. Die Inanspruchnahme persönlicher Freiheiten setzte sich zeitverzögert und widersprüchlich durch. Ein solidarischer Prozess war hingegen erst einmal weitgehend gekappt, es gab kein gemeinsames Kämpfen mehr in der ursprünglichen Bewegung.

Das Kapital konnte emanzipative Überschüsse aus der gescheiterten Revolution umformen und befreit vom emanzipativen Gehalt für sich nutzen. Zum Beispiel mündete die Forderung u. a. des Sozialistischen Büros und der IG-Metall nach der Humanisierung der Arbeitswelt, deformiert durch die Interessen des Kapitals, in die Gruppenarbeit. In großem Umfang wurde sie Anfang der 1990er Jahre in der BRD erstmals im VW-Konzern als Teil der sogenannten schlanken Fabrik umgesetzt. Die gegenseitige soziale Kontrolle der Arbeitsgruppe ersetzt dabei die Autorität des Vorarbeiters.

Die emanzipatorischen Ideen sind nach wie vor da in der Gesellschaft, bei den Lohnabhängigen, sie werden aber nicht durchgängig wirkungsmächtig.

Teilerfolg der Revolte der 1960er Jahre ist, dass die danach prägende Kraft der Konterrevolution sich nur zeitverzögert und bis heute (nur) mit vielen Widersprüchen durchsetzte. Auch die Konterrevolution muss immer wieder Rückschläge hinnehmen.

So gesehen gibt es einen Erfolg der Revolte trotz der Niederlage, eben eine Niederlage der ungebremsten Restauration. Wäre dem nicht so, hätte die Konterrevolution auch nicht so enthemmt zuschlagen müssen.

Der emanzipatorische Anspruch existierte nach dem Ende der APO-Bewegung weiter und sucht sich andere Ventile im gesellschaftlichen Reproduktionsbereich. Die 1968er Bewegung

hatte mindestens ideologisch noch einen starken Bezug zur Arbeitswelt, zur Fabrik, zum Arbeitskampf, zur Streikbewegung der wilden Streiks, auch als Kritik an der und Kontrapunkt gegen die auf Befriedung zielende Streikkultur der Gewerkschaften, die bedeutete, dass bei ein bisschen mehr nominalem Lohn schon alles in Ordnung ist im Kapitalismus. HauptvertreterInnen des nach der APO auf die Fabrik ausgerichteten Teils der Bewegung waren insbesondere die K-Gruppen und anfangs zum Teil die Spontis. In Italien war dieser Bezug zur Fabrikarbeitswelt noch stärker. Dort wurde er vertreten durch die Operaisten, die ebenso wie die 1968er in der BRD auch Kämpfe außerhalb der Betriebe ernst nahmen und in ihre politische Strategie mit einbezogen.

Parallel dazu schafft sich die Konterrevolution bei ihrem reaktionären Aufmarsch allmählich die Voraussetzungen für die zukünftige Aufstandsbekämpfung und fasst immer mehr Beschlüsse für die Diktatur auf Vorrat.

Beeinflusst von SPD und DKP trugen die Gewerkschaften die reaktionäre Wendung Anfang der 1970er Jahre mit, sie »säuberten« sich selbst, schlossen außerhalb der DKP organisierte KommunistInnen und Linksradikale mit Hilfe von Unvereinbarkeitsbeschlüssen aus.

Die Revolte hatte soviel Bildung ausgelöst, dass die Herrschenden befürchteten, LehrerInnen könnten mit dem emanzipatorischen Überschuss aus dem Bildungsbereich in die Gesellschaft hineinwirken und massenweise SchülerInnen umdrehen. Besonders gefährlich erschien ihnen dabei das Zusammenwirken linker LehrerInnen mit den bis dahin erreichten Schulreformen. Anfang 1972 beschlossen die Regierungschefs der Länder gemeinsam mit SPD-Bundeskanzler Willy Brandt den Radikalenerlass. In bestimmten wichtigen Zentren der BRD wurde er benutzt, um Linke aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten bzw. zu entlassen. Betroffen waren vor allem Mitglieder der K-Gruppen und der DKP. Der Radikalenerlass blieb in seiner Umsetzung aber auch widersprüchlich und wurde nicht vollständig durchgesetzt. Für Linke blieben Freiräume im Bildungsbereich vor allem an den Universitäten zunächst erhalten.

Da ein Bezug zu Kämpfen im Reproduktionsbereich in der ganzen Widerstandskultur der APO-Bewegung schon angelegt war und bei den Beteiligten sogar der ausdrückliche Anspruch bestand, die Politik auch in den Reproduktionsbereich hineinzutragen, löste die Revolte trotz des Rückschlags noch andere Bewegungen aus. Es sind die sozialen Bewegungen in den 1970er Jahren insbesondere die Anti-AKW-Bewegung, die Frauenbewegung und die Häuserkampf- bzw. Häuserratbewegung. Eine direkte Entwicklungslinie von der APO gab es auch zur Jugendhausbewegung und zur Lehrlingsbewegung.

Obwohl es also immer wieder Widerstand gab, ist der Konterrevolution die gesamtgesellschaftliche Befriedung der revolutionären Tendenzen gelungen, nicht zuletzt, da die Kämpfe im Reproduktionsbereich nur unzureichend miteinander verbunden waren.

Die militante antistaatliche Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre konnte der Staat nur mit quasi militärischen Mitteln stoppen. Die RAF wurde als Vorwand genommen. Im sogenannten Deutschen Herbst 1977 überzog der Staat die übrig gebliebene außerparlamentarische Bewegung mit einer Welle der Repression. Einschüchterung, Verunsicherung und der Rückzug ins Private waren bei vielen Betroffenen die Folge. Andere gingen in den bewaffneten Widerstand/Untergrund oder gründeten die Grünen.

Gleichzeitig tobte die ideologische Konterrevolution, der Antikommunismus des sogenannten Kalten Kriegs in der Systemkonkurrenz zur bürokratischen Kommandowirtschaft in den RGW-Staaten.

Der emanzipative Überschuss im Bewusstsein blieb trotz aller Repression und mündete auch in die Parteigründung: Die Grünen dienten als radikaldemokratischer Schutzraum. Gleichzeitig trug der parlamentarische Parteiensatz die Anpassung schon in sich und es war klar, dass die emanzipatorischen Kräfte irgendwann wieder raus mussten aus den Grünen.

Auch wenn die linken/linksradikalen Mitglieder die Partei nach und nach und leider nicht organisiert verließen, blieben Widersprüche auch innerhalb der Grünen Partei bestehen, die Rechtsentwicklung geht bis heute nur schrittweise.

Nicht zuletzt aufgrund dieser gesamten Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung gab es nicht mehr nur die ReaktionärInnen der alten Schule. Die Reaktion zeigte sich auch in einer neuen Form, in der aufkommenden Esoterik. Die Flucht in die Esoterik bietet sich als Prozess der Anpassung insbesondere bei Angehörigen der Mittelschicht an. In ihr wird der Anspruch auf ein und die Forderung nach einem alternativen Leben reaktionär nach innen gewendet. Viele wurden und werden damit aus der emanzipatorischen Bewegung herausgebrochen und in die Reihen der Reaktion aufgesogen. Das ist der umgekehrte Prozess wie in den 1960er Jahren, als aus der alternativen Lebensweise der Hippies Viele herausgebrochen wurden durch die politischen emanzipatorischen Kämpfe dieser Zeit bzw. fortschrittliche Ansätze der Hippies sich politisch verstärkten.

Einen Niederschlag in einer Institution des Herrschaftsapparates selbst findet der von Teilen der Bevölkerung immer wieder formulierte emanzipatorische Anspruch u. a. verspätet im Brockdorf-Urteil von 1985 des Bundesverfassungsgerichts. Dieses Urteil ist ein Meilenstein für eine demokratische Rechtssprechung im Zusammenhang mit dem Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und wird gerade deswegen immer wieder durch hinter ihm weit zurückbleibende Gerichtsentscheidungen im Interesse der Herrschenden relativiert.

Ende der 1980er Jahre gab es einen neuen Sammlungsversuch der emanzipatorischen Teile in der Radikalen Linken, der eine Chance einer neuen Organisierung bot.

Kurz darauf kam es jedoch mit der Zwangsvereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/1990 zu einem entscheidenden Einschnitt, der allen verbliebenen emanzipatorischen Bestrebungen erst mal einen heftigen Schlag versetzte.

Nationalistisches, kriegerisches, imperialistisches Denken bekam wieder ein ausdrückliches starkes Fundament in der Gesellschaft. Die Geschichtsrelativierung, die schon vor der Zwangsvereinigung zum Beispiel mit Helmut Kohls Auftritt an SS-Gräbern in Bitburg begonnen hatte, wurde und wird immer weiter vorangetrieben.

Dabei wird dem Geschichtrevisionismus immer wieder von radikalen Linken und denjenigen Linksliberalen, die mindestens die Forderung »Nie wieder Faschismus« ernst nehmen, auch Einhalt geboten. Die Erinnerung an die NS-Verbrechen ist nicht tot zu kriegen und die Erfolge der Restauration sind bis heute immer nur relativ. Es gibt eine Unnachgiebigkeit der Erinnerung, auch wenn deren Schwäche manchmal ist, dass der Zusammenhang, dass der Faschismus im Kapitalismus wurzelt nicht eindeutig klargemacht wird. Auch die Versuche, anlässlich von Jahrestagen, die APO nachträglich ideologisch niederzumachen, waren bisher

letztlich erfolglos. Nach wie vor gibt es Menschen, die die Erfolge dieser Bewegung benennen und mindestens theoretisch verteidigen können.

Auf der anderen Seite geht die ideologische Rückwärtsentwicklung der bürgerlichen Mitte zum Beispiel bis hin zum evangelischen Kreationismus, mit dem der auch innerhalb des Kapitalismus noch aufbewahrte Freiheitsgedanke der französischen Revolution angegriffen wird. VertreterInnen der Gegenaufklärung im Interesse des Kapitals laden ihre Ideologie immer stärker mit neuer Religiosität und Pseudowissenschaft auf. Die bürgerliche Wissenschaft verbindet sich zum Beispiel mit der unter ideologischen Vorzeichen betriebenen Genforschung und Hirnforschung, womit der Mensch als soziales Wesen gelegnet werden und der freie Wille negiert werden soll.

Ein weiterer Einschnitt zu Gunsten der Reaktion ist der zweite Kalte Krieg: Die Anschläge vom 11. September 2001 boten die Gelegenheit zum Auftakt einer imperialistischen Generalmobilmachung verbunden mit heißen Raubzügen. Ein neuer weltweiter Feind war ausgemacht: der sogenannte islamische Fundamentalismus. Dabei ist der Islam weltweit gesehen die Religion der Schwarzen, der Armen, verbunden mit der Hoffnung und dem Angebot, die elenden Verhältnisse auch unter Anwendung von Gewalt verändern zu können. Gerade die Hoffnungslosigkeit, die der Imperialismus der kapitalistischen Zentren in den Herkunftsländern der MigrantInnen verursacht, lässt viele Menschen offen werden für religiösen Fundamentalismus. Zu fern oder gar gescheitert nach der Auflösung der Sowjetunion scheint den meisten von ihnen die Verwirklichung des Humanismus zu sein, als dass sie erkennen würden, dass der Irrationalismus der Religion ihm entgegensteht. Dass Muslime in den kapitalistischen Zentren, insbesondere in den USA und EU-Europa unter Generalverdacht geraten, verbindet sich mit der allgemeinen rassistischen Hetze gegen MigrantInnen, mit der es den Herrschenden immer wieder gelingt, die Lohnabhängigen zu spalten.

Das schrittweise, ständige Bemühen der Herrschenden und der bürgerlichen Medien darum, das relative Schutzschild der Vergangenheit des NS-Faschismus zu relativieren, ist eine der Wurzeln des neuen Deutschnationalen. Das unbeschwerte Verhältnis zur Nation entsteht demzufolge gerade dadurch, dass mensch sich der Verbrechen angeblich bewusst sei. In der offiziellen Propaganda muss Deutschland Israel zur Seite stehen. Der mindestens unterschwellige bis offene Antisemitismus eines großen Teils der Bevölkerung wird offenkundig zum Beispiel bei der Empörung darüber, dass beim Eurovision Song Contest 2010 »Israel« dem »deutschen« Song keine Punkte gibt, die Opfer sind den Tätern etwas schuldig. Oder wenn Thilo Sarrazin über ein Gen schwadroniert, das angeblich alle JüdInnen gemeinsam haben, kann er sich großer Zustimmung in der Bevölkerung sicher sein. Für die Regierung Merkel hat der Rassist damit jedoch eine Grenze überschritten. Sie setzte durch, dass er den Vorstand der Bundesbank verlassen musste, damit die Exportchancen des deutschen Kapitals nicht unter einem zu hohen internationalen Ansehensverlust leiden.

Der offizielle Mainstream ist begleitet von solchen gelegentlichen rassistischen sogenannten Zuspitzungen oder angeblich auch wohlthuenden vermeintlichen Polarisierungen. Dazu gehört auch der Verfassungspatriotismus eines Jürgen Habermas.

Der beruht auf einer Dialektik, in der (gleichzeitig) die Verdammnis des NS-Faschismus bzw. der deutschen jüngeren Geschichte anerkannt wird und neue, auf diese Erkenntnis gegründete Zustimmung zum mit der angeblichen demokratischen bürgerlichen Verfassung verbundenen Patriotismus eingefordert wird.

Dass der wiedererstarkte deutsche Nationalismus heute freier daherkommen kann, als Party bzw. als Partypatriotismus, hat etwas damit zu tun, dass die Verkehrsformen freier geworden sind. Insofern ist Nationalismus heute souveräner, die nationalistischen VorkämpferInnen stellen sich auf den Standpunkt sagen zu können: »Ja, der NS-Faschismus war ein Verbrechen, ja, die Vernichtung in den KZs hat es gegeben, aber trotzdem gibt es so etwas wie Deutschum«. Die Deutschen können demnach stolz darauf sein, angeblich aus ihrer Geschichte gelernt zu haben.

In der Realität dient solch neu gewonnener Stolz auf das vermeintlich geläuterte und gebesserte Deutschland der Enthemmung bezüglich Krieg und Durchsetzung imperialistischer Interessen und deren offene Benennung.

Der grüne Kriegsaußenminister Joseph Fischer funktionalisierte Auschwitz als Legitimation für den NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien. Ausgerechnet die Grünen hatten es damit geschafft beim Angriff auf Jugoslawien den ersten deutschen imperialistischen Kriegseinsatz nach dem Zweiten Weltkrieg zu rechtfertigen und gemeinsam mit der SPD, die freilich eine imperialistische Tradition hat, zu befehlen.

Ein Zeichen dafür, wie der angeblich neue Patriotismus wirkt, der sich im Deutschland-fahnenmeer zu Zeiten der Fußballwelt- und Europameisterschaften zeigt, ist, dass es gar nichts nützt, wenn die sportlichen Erfolge von einer Mannschaft mit hohem Anteil an MigrantInnen errungen werden. Ausdruck davon ist die breite Zustimmung der Bevölkerung zu der pseudowissenschaftlich verbrämten Form des Rassismus, in der Thilo Sarrazin seine Hetze gegen MigrantInnen und JüdInnen verbreitet. Gewalttätige, antisemitische oder rassistische Angriffe auf die gegnerischen Mannschaften zugerechneten Menschen während der WM und im Bundesligaalltag und das ausgeblendete tagtägliche Verbrechen der Abschiebung von MigrantInnen ist deutsche Realität. Der angebliche Partypatriotismus ist keineswegs entspannt, sondern für die von ihm Ausgegrenzten lebensgefährlich.

Eine entfremdete Nachwirkung der Revolte wird am Beispiel des Bürgerentscheids in Hamburg deutlich, mit dem ein gut situerter Teil der Bevölkerung die von der CDU/Grünen-Landesregierung beabsichtigte Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit für alle Kinder verhindert hatte. Zum Teil sind da Leute mit dabei, die politisch heimatlos übrig geblieben sind aus der Zeit der Revolte bzw. die auch durch die von der Revolte inspirierte emanzipative Schule gegangen sind. Heute gehören sie nicht zuletzt gerade wegen dieser Bildung einer gehobenen Schicht an, nachdem sie in die verschleißende Falle bürgerlicher Konventionen und Vorstellungen geraten waren.

Die Mitglieder der Hamburger BürgerInnenbewegung gegen die Einführung der sogenannten Primärschule gehören zum Mittelstand, der gewöhnlich besondere Angst vor einem Abstieg, vor Deklassierung hat. Ökonomisch gesehen, wenn systemimmanent gedacht, ist das nicht falsch, da die Angehörigen dieser Schicht mindestens nicht im großen Umfang Produktionsmittel besitzen. Ihr relativer Wohlstand basiert in erster Linie auf Bildung.

Diese Mittelschicht wagt es, auf die Straße zu gehen, weil sie die intellektuellen und finanziellen Mittel und emanzipativen Fähigkeiten dazu besitzt. Abstrakt wollen sie sogar die Gleichbehandlung der Kinder in der Schule, es soll den anderen angeblich nicht schlechter gehen, konkret fordern sie aber die Förderungen der Schwächeren in einer Extraschule, damit aus ihrer Sicht die Entwicklung des eigenen Nachwuchses nicht behindert wird.

Ihre Abstiegsängste sind so stark, dass sie ihre eigenen emanzipativen Ansprüche mit reaktionärem, systemimmanentem Verhalten überlagern. Sie wissen, sie sind (relativ) weit gekommen, und sie müssen mit Biegen und Brechen alles dafür tun, dass ihre Kinder auch durchkommen und sich gegen die der unteren Schichten durchsetzen.

Dass es überhaupt dazu kommen kann, dass mensch gegen eine fortschrittliche Schule demonstriert, stellt die Gegenbewegung zu folgender Entwicklung dar: Der ökonomische Zwang, die Intensivierung und Extensivierung der Arbeitszeit führt in die Ganztagschule. Dieser Prozess ermöglichte Diskussionen und Auseinandersetzungen, die alte emanzipatorische Überschüsse mit dem Ziel integrierte Gesamtschule freisetzen. Sogar die Integration von Kindern mit Assistenzbedarf in die allgemeine Schule und die Abschaffung der Förderschulen wurden dabei wieder einmal mitgedacht.

Die Mobilisierung der Mittelschichts-Eltern gegen mehr reale Gleichheit hingegen verbindet sich mit dem Problem der Herrschenden, dass eine gute Bildung für alle für das Kapital zu teuer ist, das heißt zu viel von der Profitmasse abgezweigt wird. Die aus der Ökonomie abgeleiteten emanzipativen Anstöße sind deswegen sehr brüchig.

Insgesamt ist die Hauptrichtung der herrschenden Bildungspolitik die Privatisierung der Bildung, der Staat zieht sich zurück und leistet zukünftig nur noch eine Basisausbildung und eine Teilfinanzierung der privaten Einrichtungen. Das ist der Auffassung der Herrschenden geschuldet, so viele gut Ausgebildete brauche das Kapital gar nicht für seine Produktion, auch wenn Studien der OECD das Gegenteil besagen. Dabei wird die Frage was das überhaupt ist, gut ausgebildet im Interesse der Menschen, grundsätzlich überhaupt nicht mehr gestellt. Nach Ansicht der Herrschenden sollen langfristig wenige »hoch Kreative« an privaten sogenannten »Elite«-Universitäten für die Herrschaftsausübung zugerichtet werden. Das ist schon ein Widerspruch in sich, denn die Voraussetzung dafür ist nicht Kreativität, sondern die Herausbildung eines auf Unterwerfung zielenden autoritären Charakters. Die große Masse der anderen soll (nur) das an einer verschulden Universität lernen, was unbedingt notwendig ist für den reibungslosen kapitalistischen Verwertungsprozess. Die über die EU verordnete und durchgesetzte Trennung von Bachelor- und Masterstudiengängen dient dazu, auf der einen Seite mit dem Bachelor ein akademisches Proletariat zu schaffen und auf der anderen Seite zukünftige Führungs- und Leitungskräfte mit den limitierten Masterabschlüssen auszustatten.

Die mit der ursprünglichen Revolte durchgesetzten freieren Verkehrsformen sind verbunden mit den sozialen Errungenschaften der Revolte, aber sie lassen sich auch mit technischen Errungenschaften aus der Mikroelektronik (scheinbar) gut verbinden.

Das einst rebellische Jeanstragen wird zur allgemeinen Jeansmode und ist heute wie anderes abweichendes Verhalten auch als Mode voll in die Verhaltensweisen auch der Mittelschicht integriert.

Der Arbeitsbereich der Informatik und kreativer Berufe ist das bestes Beispiel dafür, dass die alte Kleiderordnung heute undenkbar geworden ist. Die Unterscheidung zwischen Freizeitkleidung und Berufskleidung für BüroarbeiterInnen, sogenannte Angestellte, deren Kleidung früher eine Zustimmung zum System signalisieren musste, fällt weitgehend weg.

Die Freizeit verlängert sich vermeintlich in die Arbeit hinein, übersehen wird, wie sich in Wirklichkeit die Arbeit immer mehr in die Freizeit hineinverlagert. Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit verschwindet die scharfe Trennung zwischen Arbeit und Freizeit und heraus

kommt eine versteckte Arbeitszeitverlängerung. Ein Teil der Arbeit findet zu Hause statt, Wochenendarbeit um die sogenannten Projekte erfolgreich zu gestalten und der Verzicht auf Urlaub sind oft weniger die Ausnahme als die Regel, weil sich die Lohnabhängigen mit ihrer Lohnarbeit identifizieren müssen.

Dem Kapital kommt zugute, dass die Computerarbeit Viele an Freizeit erinnert, ans Spielen, an Selbstverwirklichung. Arbeitsgegenstände und Unterhaltungselektronik nähern sich in ihrer Erscheinung einander an. Die Arbeitssoftware wird quasi als Computerspiel interpretiert, Schwierigkeiten und Zumutungen im Umgang mit dem Computer werden von den Betroffenen als Herausforderung umgedeutet.

Hier zeigt sich beispielhaft, dass emanzipatorische Kräfte immer wieder eingefangen werden durch die Entwicklung der Produktivkräfte, wenn es keine gesellschaftliche Gegenmacht gibt.

Auf der Gegenseite sehen Menschen mit emanzipatorischem Anspruch oder Bewusstsein in der Mikroelektronik, insbesondere im Internet häufig die Chance, das emanzipatorische Bewusstsein durch Information, durch Aufklärung von unten zu verbreitern. Dieser Glaube ist der Illusion geschuldet, im virtuellen Netz die Bevormundung ausschalten zu können.

Die tatsächliche Wirkung der Entwicklung des Internets ist die Fragmentierung von Politikfeldern und AktivistInnen und die Entwicklung einer Überwachungstechnik, die direkt in die Wohnung und das Privateste hineinreicht. Politische Zensur wird von den Herrschenden fortschrittlich begründet z. B. mit angeblichem Kampf gegen Kinderpornografie, der als Möglichkeit zu einer Türöffnerdebatte missbraucht wird. Bei der Entwicklung von Produkten, mit denen die KonsumentInnen zu einer neuen Mentalität erzogen werden, nutzen fortschrittliche Kapitalstrategien bewusst vieles aus, was aus der Revolte stammt.

Mit den Möglichkeiten, sich die Technik auf die eigenen Bedürfnisse zuzuschneiden, die eigene Musik hören zu können ohne großen Aufwand, mit einer einfacheren Bedienung, mit Geräten, die weniger umständlich sind und weniger Detailwissen erfordern, sind positive Emotionen verbunden. Zum Teil hat die neue Technik aber eine schlechtere Qualität als die herkömmliche. Ein Beispiel ist das digitale MP3-Format beim iPod im Gegensatz zur analogen Stereoanlage. Wenn die Technik aber einen Schritt weiter ist, steigt auch wieder die Qualität gemessen am menschlichen Hörvermögen. Die digitale Technik hat zum Teil einen Nutzen in der Gebrauchsfertigkeit und damit einen höheren Gebrauchswert und bietet so zum Teil auch Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums.

Gleichwohl dient die digitale Technik auch der Rationalisierung in der Freizeit. Denn alles muss schneller gehen, damit mensch immer mehr Lohnarbeiten kann. So wird der Zeitverlust und Kraftverlust durch die längere und intensivere Lohnarbeit teilweise scheinbar ausgeglichen.

Marken gehören durch ihr identitätsstiftendes Design zum Beispiel bei Apple zur Person, machen sie aus. Konsum wird als wahre Freiheit verkauft. Dabei ist es fürs Kapital sehr nützlich, dass es den Konsum als die bevorzugte Form der Freizeitgestaltung der integrierten Mittelschicht durchgesetzt hat. Design dient gleichzeitig der künstlichen Veralterung, indem es Moden unterworfen wird. Die Models, die hungern um einem Idealbild zu entsprechen, zeigen, dass das Äußere, die Oberfläche schön sein muss. Hier gehören Oberflächlichkeit und Inhaltsleere, das heißt nichts im Magen zu haben, unmittelbar zusammen.

Die permanente Entwertung der Geräte der Unterhaltungselektronik und die Schaffung neuer Möglichkeiten durch den technischen Fortschritt führt dazu, dass ständig neue Geräte gekauft werden müssen. Das ist gut für das Kapital angesichts der Tendenz zur Überproduktionskrise. In diesem Bereich scheint der Bedarf nie wirklich gedeckt zu sein.

Darüber hinaus werden immer mehr Elemente der Herrschaftssicherung in die Konsumartikel z. B. der Unterhaltungselektronik eingebaut. Das bietet einen repressiven Zusatznutzen der Produkte für Staat und Kapital.

Insgesamt führt die ideologische und materielle Einbindung dazu, dass heute viele Kämpfe immer mehr mit wertkonservativen Gedanken verbunden sind, mit dem Erhalt des Alten, gegen die Bedrohung durch das aufgezwungene Neue. Eine Verbindung dazu herzustellen, dass diesen Entwicklungen eine kapitalistische Gesetzmäßigkeit zu Grunde liegt, ist dem Bewusstsein der AkteurInnen mindestens zunächst fremd, verschlossen. Aber es kann ein unbewusstes Aufbegehren auch gegen den kapitalistischen Zwang zum Wachstum sein, gegen die Übermacht der Herrschenden und gegen die Zerstörung vermeintlich bewährter Gewissheiten.

Auf der anderen Seite zwingt die Konterrevolution und die Entwicklung des Kapitalismus auch immer wieder zu neuen Verteidigungskämpfen, Beispiele sind die sogenannte Antiglobalisierungsbewegung/Anti-Gipfel-Bewegung, Kämpfe gegen Repression und Überwachung, gegen die Zerstörung bürgerlich demokratischer Rechte, Kämpfe gegen Nationalismus und Rassismus. Antifa ist auch eine Überlebensnotwendigkeit. Auf einer bestimmten Stufe der kapitalistischen Entwicklung bringt die Zerstörungskraft der kapitalistischen Produktion die Notwendigkeit zur Lösung der sozialen Frage, um die ökologische Zerstörung zu stoppen.

Und es bleiben genügend, wenn auch bisher beschränkte Kämpfe, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die soziale Frage, auf die Frage der Umverteilung angesichts der vorherrschenden Tendenz von unten nach oben beziehen, auch wenn diese Kämpfe im Reproduktionsbereich angesiedelt sind.

Die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktion, die Dialektik zwischen Revolte bzw. Revolution und Konterrevolution, lässt im gesellschaftlichen Prozess immer auch wieder Risse im System entstehen. Es bedarf einer klugen politischen Organisation, um diese Risse entdecken zu können und für emanzipatorische Kämpfe nutzen zu können. Diese Kämpfe brauchen erstens eine theoretische Grundlage. Zweitens müssen Aktionen sinnliche Erfahrungen, Emotionen und die Möglichkeit zur Veränderung der Verhältnisse vermitteln. Hinzu kommen muss drittens eine politische Organisation, die gewährleistet bzw. darauf hinwirkt, dass dies kontinuierlich und möglichst für eine große Zahl von Menschen geschieht.

Für die meisten Menschen ist es in den kapitalistischen Zentren wie bei den alten Römern: Weil der Großteil des kapitalistisch bedingten Elends in die kapitalistische Peripherie ausgelagert ist, gelingt es den Herrschenden mittels medialer Inszenierung, dass sich die Beherrschten mit Brot und Spielen billig abspesen lassen.

Die Events für ein geschöntes Leben sind der Ersatz für das eigentliche Leben. Die Beherrschten fühlen sich glücklich und zufrieden, ohne es zu sein bzw. ohne es sein zu können. Herbert Marcuse hat gesagt, dass in den kapitalistischen Verhältnissen das unglückliche Bewusstsein das richtige und das glückliche Bewusstsein das falsche ist.

Die Eventkultur und Feste wirken herrschaftsstabilisierend und stärken als nationalistisch aufgeladene Spektakel die sogenannte nationale Identität, indirekt und direkt und schwächen die antinationale weltweite Solidarität der Ausgebeuteten und Lohnabhängigen. Dazu gehören die jährlichen regierungsoffiziellen nationalen Feiern am 3. Oktober, die mit »BürgerInnenfesten« begleitet werden.

Die Verdichtung der Arbeit, dass sie physisch und psychisch kaputt gemacht werden durch die Lohnarbeit, kompensieren die Menschen, indem sie Angebote nutzen, die die Herrschenden ihnen machen, um ihre Erbauungsbedürfnisse, wie Marx es genannt hat, zu befriedigen. So können sie weiter bei der Stange gehalten werden. Das funktioniert von der privaten Ebene, vom Zusaufen bis zum Zudröhnen bei einem Musikkonsum, der den Maschinentakt in die Freizeit hineinverlängert, bis zur nationalen Ebene, auf der die angebliche erhebende Zugehörigkeit zum vermeintlichen nationalen Kollektiv beschworen wird.

Beim Sport werden die Siege der Matadoren kollektiviert, ihre Niederlagen individualisiert. Gewinnen sie, verkörpern sie die Stärke der Nation. Als VerliererInnen sind sie tragische HeldInnen und bieten eine Identifikationsmöglichkeit mit der Lebenswirklichkeit vieler ZuschauerInnen bzw. BetrachterInnen.

Sieg und Niederlage werden im Rahmen der Eventkultur als Aspekt des »Wettbewerbs« ideologisch verpackt. Unbewusst und unbemerkt lernen die Beherrschten dieses wesentliche Element der Logik des Kapitalismus und der mit ihm verbundenen bürgerlichen Ideologie zu akzeptieren. Der vermeintliche Grundsatz, wo es Gewinner (Profiteure) gibt, muss es VerliererInnen geben, kann so verinnerlicht werden. Nur gewinnen im kapitalistischen Verwertungsprozess immer die einen und verlieren tun immer die anderen, es sei denn sie beginnen sich zu wehren und Widerstand zu leisten.

Die gesellschaftliche Opposition sieht sich ständig vor das Problem gestellt, dass sie im Gegensatz zu den angeblich Zufriedenen und Eingebundenen um das Bild ihrer eigentlichen Größe gebracht werden soll. Ihre mediale Abbildung findet allenfalls als eine der Zersplitterung statt. Eine Zusammenfassung der Vielzahl kleinerer und mittlerer Kämpfe gibt es in der medialen Darstellung nicht.

Dabei sind die Einflussmöglichkeiten der gesellschaftlichen Opposition geringer geworden, obwohl bzw. gerade weil sie (vermeintlich) eine parlamentarische Vertretung hat. Den Grünen und der Linkspartei kommt heute die wesentliche Funktion zu, außerparlamentarischen Widerstand zu spalten und zu befrieden.

Viele Menschen haben eine Ahnung davon, dass sie von den etablierten VertreterInnen der staatstragenden politischen Parteien nicht mehr vertreten werden bzw. nie vertreten wurden. Die Frage ist, ob die Menschen resigniert haben und von Politik im allgemeinen enttäuscht und verdrossen sind oder ob es sich eher um eine Parteienverdrossenheit handelt, die auch Ausdruck einer unartikulierten Ablehnung des Systems sein könnte. Dies könnte ein Grund für den relativen kurzfristigen Erfolg der reaktionär-anarchistischen Piratenpartei sein, die vermeintlich mit Konventionen bricht und sich, wenn auch für technisch inspirierte, individuelle Freiheitsrechte einsetzt.

Im Moment ist die Regierung zwar in sich instabil aber nach außen kann sie sich trotz relativ schlechter Umfrageergebnisse einigermaßen behaupten. Der CDU kommt nach wie vor zu Gute, dass traditionelle Milieus verfallen. Angela Merkel verkörpert mit ihrer Politik die

Sozialdemokratie und gleichzeitig das Konservative der CDU. Damit gewinnt die CDU sogar an sozialem Profil und bietet Vorteile gegenüber einer SPD, die bis zuletzt immer meinte, rechts ausschlagen zu müssen, auch wenn es innerhalb der Partei eine Tendenz dazu gibt, alles, was die SPD selbst an sozialen Grausamkeiten verbrochen hat, mindestens im Wahlprogramm wieder zurücknehmen zu wollen.

Bei den WählerInnen wird dies aber wohl kaum im großen Umfang verfangen. Viele haben einfach genug von der SPD, auch ohne ihren schon immer konterrevolutionären Charakter benennen zu können.

Von der neuen Welle außerparlamentarischer Anstrengungen auf der Straße profitieren in Umfragen derzeit ausgerechnet die Grünen. Sie treffen am ehesten die Befindlichkeiten des politisch wiedererstarkten ehemals alternativen Milieus, das an sich selbst, an seine eigene Vergangenheit erinnert wird. Die Grünen verkörpern geradezu ideal die ganze widersprüchliche Verstricktheit zwischen emanzipatorischer Vergangenheit, Anpassung und uneingelösten sich selbst bzw. anderen gemachten Versprechungen.

Trotz aller Einbindungs- und Befriedigungsversuche, die in großen Teilen erfolgreich für die Herrschenden verlaufen, macht sich eine Unzufriedenheit der Lohnabhängigen immer wieder bemerkbar. Wenn Menschen von Zumutungen persönlich betroffen sind, die entsprechenden Politikfelder und der Widerstand in ihnen mit Emotionen verbunden sind und eine Aussicht auf einen erfolgreichen Verlauf der Kämpfe und des Widerstands besteht, sind Menschen auch bereit sich kollektiv zu wehren.

Ein Beispiel für einen vor allem in seiner Größe unerwarteten Widerstand ist die Bewegung gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21. Die inzwischen zehntausenden TeilnehmerInnen der zuletzt stark gewachsenen Proteste setzen sich aus verschiedenen sozialen und politischen Milieus zusammen. In den Medien wird suggeriert, es handle sich bei den ProtestierenderInnen in ihrer absoluten Mehrzahl um gut situierte BürgerInnen, was so nicht stimmt. Die Beweggründe, sich gegen das Projekt zu wehren sind mehrschichtig und unterschiedlich bei einzelnen Beteiligten. Die Einen wollen den denkmalgeschützten Bahnhof retten, anderen geht es in erster Linie um die hunderte Jahre alten Bäume und das Ökosystem des Stuttgarter Schlossparks, die Nächsten kritisieren die unkalkulierbaren Kosten des gesamten Projekts in zweistelliger Milliardenhöhe und/oder die mit der jahrelangen Baustelle verbundenen Beeinträchtigungen. Auch der Aspekt, dass es mit der Reduzierung der Gleise von 16 auf nur noch acht mit einer hohen Wahrscheinlichkeit sogar zur Verschlechterung der Bahnverbindungen nach und von Stuttgart kommt, spielt eine wesentliche Rolle. Sehr viele fühlen sich von den PolitikerInnen und von den Verantwortlichen der Bahn ignoriert, mit der juristisch begründeten Ablehnung des beantragten Bürgerentscheids hintergangen und belogen. Bei den einen spielen alle diese Aspekte eine Rolle, bei anderen nur der eine oder andere Kritikpunkt oder eine spezielle Kombination von mehreren Aspekten.

Auf den Demonstrationen kann man viele TeilnehmerInnen sehen, die Demonstrationserfahrung besitzen und zum Beispiel jahrelang in der Friedensbewegung und in der Anti-AKW-Bewegung aktiv waren und sind. Auch viele, die wahrscheinlich schon länger nicht mehr demonstriert haben. Und solche, die in erster Linie deswegen kommen, weil sich endlich mal wieder etwas tut, die neugierig sind, wie sich der soziale Protest entwickelt und ob weitergehende Kritik am herrschenden System aufkommen könnte. Hinzu kommt mit Überschneidungen zu dieser Gruppe ein kritischer Teil von Kultur- und Medienschaffenden. Jugendliche nutzen den Protest und Widerstand vor Ort, um zum ersten Mal Teil einer breiten politischen Bewegung zu sein.

Bei genauerem Hinsehen erweist sich die Bewegung mindestens zu einem großen Teil nicht als bürgerliche Bewegung, sondern als eine Bewegung der Verbürgerlichten. Viele, die sich jahrelang ins Private zurückgezogen hatten, gehen wieder demonstrieren, weil sie eine Chance sehen, dass diese Bewegung erfolgreich sein wird und der Bau des Bahnhofs und die Zerstörung des Parks noch verhindert werden kann. Weil die Erfolgsaussicht zur Durchsetzung weitergehender Forderungen vermeintlich fehlt, bleibt die Bewegung einseitig und es gelingt mindestens bisher hier noch nicht, die soziale mit der ökologischen Frage zu verbinden.

Wie gefährlich den Herrschenden der Widerstand in Stuttgart zu sein scheint, zeigt der brutale ungehemmte Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten gegen eine SchülerInnendemonstration und die sich mit den SchülerInnen solidarisierenden BürgerInnen. Den jungen Menschen wurde gleich zu Beginn ihrer Politisierung einmal gezeigt, wer in der BRD den Knüppel schwingt. Die Polizei rückte mit Sondereinheiten wie den sogenannten Beweis- und Festnahmeinheiten (BFE) gegen die SchülerInnen vor, trat die DemonstrantInnen und BlockiererInnen mit Stiefeln, knüppelte auf sie ein, spritzte ihnen mit dem verharmlosend Pfefferspray genannten Giftgas in die Augen. Schließlich schoss sie mit ihren Wasserwerfern mit Kampfgas versetztes Wasser mit so hohem Druck unter anderem direkt in die Augen von DemonstrantInnen, dass sie mindestens zwei von ihnen so schwer verletzte, dass sie zu erblinden drohten. Ein Auge eines der Betroffenen ist kaputt, auf dem anderen bleibt eine deutliche Sehkraftminderung. Außerdem schossen die Wasserwerferbesatzungen auf DemonstrantInnen, die Bäume besetzt hatten, so dass sie von den Bäumen, auf denen sie saßen, gedrückt wurden und herunterfielen.

Sollte es dem Widerstand gegen Stuttgart 21 gelingen, den weiteren Abriss des bisherigen Kopfbahnhofs und den Bau des Tiefbahnhofs zu verhindern, wäre dies ein großer Erfolg für die außerparlamentarische Bewegung. Das würde nach jahrzehntelang nur mäßigen Teilerfolgen in Verteidigungskämpfen vielen Menschen das Bewusstsein vermitteln, auch einmal ganz gewinnen zu können und sich gegen die Herrschenden von unten durchsetzen zu können, wenn der Widerstand konsequent ist und durchhält. Ein emanzipativer Überschuss aus dem Kampf gegen das Bahn- und Immobilienprojekt wäre nutzbar bzw. anschlussfähig für antikapitalistische Mobilisierungen.

Scheitert der Widerstand an inneren Widersprüchen bzw. daran, dass er in seine einzelnen Teile zerfällt, und der Tiefbahnhof und die Zerstörung des Parks werden von den Herrschenden durchgezogen, wäre es zunächst eine herbe Niederlage. Verbunden wäre das mit großer Frustration, aber auch viel innerer Wut bei den Beteiligten aus der Protestbewegung und dem Widerstand. Fähigkeiten und Wissen darüber wie Widerstand organisiert werden kann würden genauso übrig bleiben wie die Erfahrung des solidarischen Handelns. Das kann bei denen, die im Kämpfen ein weitergehendes politisches Bewusstsein entwickelt haben, die Grundlage sein für einen neuen Anlauf in einem anderen sich zukünftig bietenden Politikfeld. Einzelne und kleinere Gruppen können sich anderen, schon vorhandenen sozialen (Teil-)Bewegungen anschließen. Als Resultat werden mindestens politische Individuen bleiben, die etwas gelernt haben, das über den konkreten Kampf vor Ort hinausgeht, und nützlich für künftiges emanzipatorisches Engagement in sozialen Bewegungen ist.

Mit sogenannten, durch Veröffentlichungen im Internet initiierten Flashmobs hat sich eine Aktionsform, die ursprünglich als spaßige Zusammenkunft begann, auch zu einer neuen politischen Protestform entwickelt.

Das Zusammenkommen und sich schnell wieder zerstreuen als Technik hat eine geringe Schwelle für eine Beteiligung, weil keine Solidarität eingefordert wird, aber Schutz der Masse geboten wird.

Als Aktionsform erlaubt der Flashmob auch Grenzüberschreitungen, verschiedene Formen zivilen Ungehorsams. Der Nachteil ist, dass das sich blitzartig zusammenrotten und sich schnell wieder zerstreuen im Wortsinn ein flüchtiges Ereignis, flüchtiger Protest ist.

Dennoch ist es möglich, dass es einen organisatorischen Kern gibt, der sich eines in der Besetzung wechselnden Umfeldes an mobilisierbaren Aktiven bedient. Das Problem stellt dabei allerdings das Versammlungsrecht dar. Handelt es sich bei den Flashmobs um Aktionen mit politischem Hintergrund, die nicht wie es ursprünglich bei den Flashmobs verstanden wurde, als Kunst gelten, sondern von den Herrschenden und ihren Repressionsorganen zu politischen Versammlungen erklärt werden können, machen sich die VeranstalterInnen strafbar, wenn sie die Aktion vorher nicht bei den Ordnungsbehörden angemeldet haben.

Die Frage ist immer, wie aus Aufruhr Organisation und wie die Organisation zu Widerstand werden kann.

Der Aufruhr kann auch (noch) unreflektiert sein. Mit der Organisation beginnen diejenigen, die sich wehren, ein Bewusstsein über die herrschenden Verhältnisse zu entwickeln.

Brennende Autos können zum Beispiel zunächst ein Angriff auf die Symbole der Herrschaftsbeteiligung ihrer BesitzerInnen sein. Das Anzünden der Autos zielt auf die Zerstörung bürgerlicher Idylle und der Unbeschwertheit derer ab, die zu den GewinnerInnen der kapitalistischen Ausbeutungsmaschinerie gehören, die Profiteure des Klassenkampfes von oben sind. In Hamburg werden, mindestens seit September 2009, immer wieder vorwiegend teure Autos angezündet. In der Nacht des 11. Juli 2010 gingen im Hamburger Hafen mehrere Waggons eines Autotransportzuges mit 30 für den Export bestimmten Autos in Flammen auf.

In Hamburg entzündeten sich Proteste und Widerstand immer wieder im Zusammenhang mit dem politisch-kulturellen Zentrum Rote Flora im Schanzenviertel. Das unangemeldete Schanzenviertelfest ist jährlich einer der Kristallisationspunkte. Auch 2010 wurde es als Ausgangspunkt für symbolisch gegen das System gerichtete Auseinandersetzungen mit der Polizei genutzt. Der 1. Mai ist längst nicht mehr nur in Berlin, sondern auch in Hamburg ein Tag, an dem der antikapitalistische Protest eine eindeutige Ausdrucksform gewinnen kann.

Ob sich das Anzünden der Autos auf diese politischen und kulturellen Zusammenhänge bezieht, ist im Moment unbekannt und ungewiss.

In Berlin formiert sich eine Kiezbewegung gegen die sogenannte Gentrifizierung, gegen die spekulative Aufwertung von Stadtteilen, die zur Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten aus solchen Stadtteilen führt. Die Ärmeren wollen die Reichen nicht in ihrem Kiez, sie wollen unter sich bleiben, auch wenn der Kampf natürlich grundsätzlich darum geht, nicht selbst verdrängt zu werden. Es handelt sich um den Bestandsschutz eines Lebens, das menschlich in elenden Verhältnissen einigermaßen erträglich eingerichtet hat. Das ist ein starker Anreiz, rebellisch zu sein, um sich wenigstens das Minimum eines würdigen Lebens leisten zu können. Das eigene Elend und das anderer in der Nachbarschaft des Kiezes lässt ein rudimentäres antikapitalistisches Bewusstsein entstehen.

Eine Verallgemeinerung gegen die Ausbeutungsverhältnisse an sich wird noch nicht umfassend artikuliert. Klassisch aufklärerisch ist aber der Anspruch, dass Wohnen ein Menschenrecht ist. Daraus resultiert der Kiezkampf, in dem mensch den Kiez frei, durchaus im doppelten Wortsinn, von den Reichen halten will. Deswegen werden ihre Autos angezündet. Damit kämpft mensch aber noch nicht gegen die VerursacherInnen, nicht gegen das Kapital. Die Kritik wird häufig verkürzt und reduziert auf das Feindbild Banken und SpekulantInnen, die nur ein Teil des Problems sind. Dabei kann sie eine falsche Schlagseite bekommen, die mit antisemitischen Untertönen anschlussfähig nach rechts ist. Der Grund dafür ist, dass für Viele der kapitalistische Gesamtzusammenhang so groß ist, so weit weg zu sein scheint von ihren Einflussmöglichkeiten. Allerdings nehmen die aktivsten Kerne dieses Widerstands gegen fremdbestimmtes Wohnen auch an, dass es gelingen kann, aus dieser Bewegung heraus zu weitergehenden, auch antikapitalistischen Kämpfen zu kommen.

Angesichts der bevorstehenden Wahl einer CDU/CSU/FDP-Regierung 2009 bekam die durch die SPD-Grüne-Befriedung Anfang der 2000er Jahre etwas abgeschwächte Anti-AKW-Bewegung einen starken neuen Auftrieb. Allerdings veränderte sich dabei ihr Charakter. Die Pro-Atom-Parteien Grüne und SPD waren plötzlich von Vielen wieder als Teil der Bewegung akzeptiert und trugen zu den großen Mobilisierungen bei. Vor allem Autonome, die schon lange in der Anti-AKW-Bewegung aktiv sind, stehen dieser Verbürgerlichung fassungslos und ratlos gegenüber.

Auch wenn der politische Ausdruck der Anti-AKW-Bewegung zurzeit ein in ihrer Breite eher bürgerlicher ist, stellt sich die Situation während der Castor-Transporte anders, radikaler dar. Insbesondere mit der Aktion »Castor? Schottern!« gelang es 2010 sogar, den Widerstand wieder zu radikalieren. Das offensive Eintreten für die Aktion trug zur Mobilisierung bei. Das Umsetzen der von den Herrschenden massiv kriminalisierten Aktionsform, das Gleisbett durch massenhaftes Entfernen der Schottersteine unbefahrbar zu machen, war für Viele eine Möglichkeit, sich wieder oder erstmals aktiv an einer wirksamen praktischen Aktion gegen den Castor-Transport zu beteiligen.

In diesem Zusammenhang stellt sich generell die Frage, ob der jahrzehntelange Widerstand im Wendland ein ländlicher oder vielmehr ein städtischer Widerstand ist. Oberflächlich betrachtet könnte mensch meinen, dieser Widerstand müsse aufgrund der starken Beteiligung der wendländischen BäuerInnen und der örtlichen Bevölkerung in den kleinen Städten und Dörfern ein ländlicher sein. Bei genauer Betrachtung erweist sich jedoch, dass dieser Widerstand in der Region stark von außen beeinflusst wurde und sich dabei selbst veränderte und bis zu einem gewissen Grad radikalisierte.

Die ländlichen Momente wie eigene Produktionsmittel, kollektive Produktionsstrukturen, relativ starke soziale Bindungen durch Vereins- und Kulturarbeit, Einschränkungen individueller Möglichkeiten besonders für Jugendliche wurden durch städtische Momente modifiziert wie intensiveres, einerseits freies, andererseits anonymes und häufig isoliertes Leben, das gleichzeitig eher mal ausgerastet oder zugespitzt ist, egal ob politisch militant oder kulturell avantgardistisch oder kino- und partymäßig, aber auch kollektive Zusammenhänge hat wie sozio-kulturelle Zentren. Menschen aus linken Großstadtmilieus wie in Hamburg und Bremen kamen ins Wendland und einige blieben dort, wohnen und/oder arbeiten dort.

Linksradikale aus den Städten und vermeintlich bodenständige BäuerInnen aus der Region erkannten früh, dass sie sich gegenseitig brauchten, wenn auf der einen Seite die Atomkraft

als Destruktivkraft und Herrschaftsinstrument des Kapitalismus angegriffen werden sollte und andererseits eine dauernde konsequente Verankerung des Widerstands vor Ort gegeben sein sollte. Die BäuerInnen wussten, dass sie die Hilfe von außen brauchten. Damit konnte die Bewegung die Absicht der Herrschenden, die Randlage des Wendlands zur widerstandslosen Durchsetzung des geplanten Atomendlagers auszunutzen, in ihr Gegenteil verkehren. Der Ausnahmezustand, in den die Anti-AKW-Bewegung, aber auch der staatliche Repressionsapparat die Region immer wieder versetzen, wenn die Transporte anstehen und durchgeführt werden, wäre ohne diese Verbindung von städtischen Elementen mit den ländlichen undenkbar.

Die emanzipatorischen Impulse von außen aus der Stadt, die sich ab den späten 1970er Jahren auch personell vor Ort verankerten, beeinflussten die ländliche Bevölkerung. Im Wendland entwickelte sich insgesamt ein politisches Bewusstsein, das deutlich über den regionalen Schutz der natürlichen Lebens- und Existenzgrundlagen hinausgeht. Allerdings spielen dort bisher immer noch eher menschen- und bürgerrechtliche Demokratievorstellungen die größere Rolle, als ein durchgängiges antikapitalistisches Bewusstsein. Die von der Anti-AKW-Bewegung ausgerufene Freie Republik Wendland steht für Selbstbestimmung und ein radikaldemokratisches Politikverständnis.

Das Zusammenwirken von örtlichem Widerstand und darüber hinausgehenden emanzipatorischen Verknüpfungen hinein in die großstädtischen Widerstandszusammenhänge ist einer der Gründe für die Mobilisierungskraft, die die Castor-Transporte als Kristallisationspunkte der außerparlamentarischen Anti-AKW-Bewegung haben. Widerstandspotenziale der städtischen Militanz und des bäuerlichen sogenannten zivilen Ungehorsams verstärkten sich gegenseitig.

Die Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung der letzten Jahre stellt eine Herausforderung an radikale Linke dar. Wieder gilt es, die bürgerlichen Elemente und Widersprüchlichkeiten zunächst auszuhalten und nicht müde zu werden mit den Bemühungen, die Ablehnung der Atompolitik mit der radikalen Ablehnung von Staat und Kapital zu verbinden und deutlich zu machen, dass der Atomstaat eine Ausdrucksform des Kapitalismus ist.

Entlang der sozialen Frage gibt es in der BRD keinen Aufruhr in den Städten, der insgesamt auf eine Abschaffung der Lohnarbeit und des Kapitalismus abzielen müsste. Aber es ist ein Bedürfnis und das Bewusstsein bei Menschen, vor allem bei der Mittelschicht, vorhanden, das sich wie wir gesehen haben im Reproduktionsbereich zur Verbesserung ihres Lebens austobt. Die Solidarität mit dem Subproletariat, der Unterschicht, den Verarmten und Armen gibt es dabei weniger.

Im Gegensatz zur BRD wird in anderen europäischen Ländern noch immer im Produktionsbereich gekämpft. Der Klassenkampf um die Emanzipation des Menschen ist deutlich breiter verankert. Bei der Bewertung des Widerstands ist die besondere Situation in der BRD zu berücksichtigen. Die BRD ist ein bestimmender Teil des kapitalistischen Zentrums EU-Europa. Die Bevölkerung hier profitiert nach wie vor in gewissem Umfang von der Ausbeutung der Menschen in anderen Ländern und der Verschiebung des absoluten Elends in den Trikont.

In Deutschland fand keine bürgerliche Revolution statt, auf die sich ein emanzipatorisches Bewusstsein langfristig hätte stützen können. Die proletarische Revolution von 1918/19 wurde von der Sozialdemokratie und der Reaktion mit Waffen niedergemacht. Revolutionäres Bewusstsein wurde von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften

ideologisch bekämpft. Im Anschluss daran wurde der emanzipatorische Widerstand vom NS-Faschismus beinahe vollständig ausgerottet, indem KommunistInnen und auch linke SozialdemokratInnen und linke GewerkschafterInnen ermordet wurden. Das machte in der BRD auch nach dem NS-Faschismus einen emanzipatorischen Neuanfang im Produktionsbereich so schwer, dass sich eine klassenkämpferische ArbeiterInnenklasse bis heute nicht mehr entwickelte.

Die Frage für jeden antikapitalistischen Widerstand ist, ob bzw. wann die Quantität in Qualität umschlägt. Dann erweist es sich, ob es sich nur um bloßen ungerichteten Protest oder um organisierten Widerstand handelt. Es gibt natürlich auch Qualität, die sich gegen Quantität sperrt oder durch Integrations- und Repressionsmechanismen der Herrschenden marginalisiert wird solange der kapitalistische Alltag in seinem normalen Trott verharrt.

Durch die Weltwirtschaftskrise hat der Kampf gegen den Kapitalismus in der BRD an Ernsthaftigkeit gewonnen, weil wieder intensiver als vorher über neue Ansatzpunkte für diesen Kampf nachgedacht wird. Zwar hat die mindestens zwischenzeitliche Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse den teilweise übertriebenen Hoffnungen einen gewissen Dämpfer versetzt. Aber mehr Menschen als vor der Krise sind wieder bereit, den Kapitalismus generell in Frage zu stellen und grundsätzlich etwas für seine Abschaffung zu tun.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 11./12. Dezember 2010 in Köln**